MEHR UND IMMER ÄLTER

55 Prozent der erwachsenen Österreicher werden im Jahr 2025 **über 60 Jahre** alt sein. Im Jahr 2050 soll der Ü-60-Anteil sogar bei **73 Prozent** liegen. Über 70 Jahre werden dann bereits 37 Prozent sein. Zum Vergleich: 1990 war der Ü-60-Anteil noch bei 36 Prozent, 15 Prozent waren mehr als 70 Jahre alt.

SPAREN GEHT SICH SELTEN AUS

Jüngeren bleibt am Ende des Monats selten Geld über, so kommt es, dass Ältere eine **doppelt** so hohe Sparrate haben wie die Durchschnittsbevölkerung. Vererbt werden in Österreich jährlich rund **27 Milliarden Euro** Vermögen, Tendenz steigend. Allerdings sind knapp die Hälfte der Erben über 60 Jahre.

ARM UND REICH ZUGLEICH

Die Durchschnittspension in Österreich betrug 2013 exakt **1.066,39 Euro** brutto. Doch diese Zahl sagt wenig aus, kritisiert Sozialforscher Bernd Marin. Denn ein durchschnittliches Pensionistenehepaar verfügt über knapp **3.000 Euro** netto pro Monat. Daher schaffen es 30 Prozent, ihre Nachkommen regelmäßig finanziell zu unterstützen.

TRÜBER AUSBLICK

Bei 2,3 Millionen Pensionisten heute gelten laut Experte Marin rund **200.000** als arm. Im Jahr 2030 allerdings ist zu erwarten, dass von drei Millionen Pensionisten rund **eine Million** armutsgefährdet ist. Besonders häufig von Altersarmut in Zukunft betroffen werden Frauen sein, besonders wenn sie weiterhin ähnlich stark wie im Moment Teilzeit arbeiten.

Der Generationenverrat

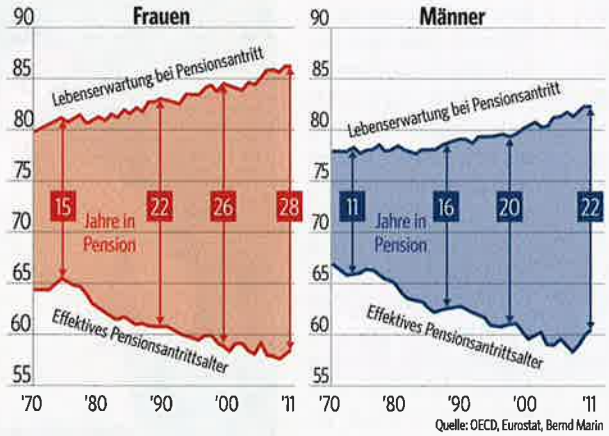
Serie, Teil 3. Die Folgen der Schuldenkrise treffen in Europa vor allem die Jungen. Dadurch wächst die Kluft zwischen den Älteren und den Jüngeren. Doch wie lässt sich Gerechtigkeit zwischen den Generationen herstellen?

Von Martina Bachler und Miriam Koch

Ich möchte nicht mit den Jungen tauschen", sagt Emma G. Nachsatz: „Aber etwas abgeben würde ich auf keinen Fall." Seit fünf Jahren ist die 65-jährige Wienerin in Pension – nicht freiwillig, sondern auf Wunsch ihres damaligen Arbeitgebers. Aber mit der staatlichen Höchstpension und ein paar Auftragsarbeiten zwischendurch kann Emma G. ganz gut leben. Oper, Friseur und ab und zu ein Glas Champagner gehen sich aus. Ihr ist bewusst, dass das Luxus ist. Sie hat nicht vergessen, dass in ihrer Kindheit die ganze Familie in einem Zimmer lebte, dass ihre Eltern wenig Wert auf ihre Bildung legten. „Aber es wurde Jahr für Jahr besser, schon mit einem HAK-Abschluss hat man damals einen guten Job gefunden, das ist der Unterschied zu den heute Jungen", sagt sie.

Der Sozialforscher Bernd Marin formuliert es noch dramatischer: „Nach 1980 geboren zu sein, ist der Horror." Denn der Generationenvertrag, wie er sich momentan darstellt, droht in vielen Teilen Europas zum Verrat an den Jüngeren zu werden: Ihre Chancen auf Berufseinstieg und sozialen Aufstieg schwinden, ihre Pensionen werden deutlich mickriger ausfallen, wenn es keine Reformen gibt. Die Schuldenberge, die ihnen hinterlassen werden, wachsen.

Jahre in der Pension nehmen rasch und stark in Österreich zu 1970 - 2011
Effektives Pensionsantrittsalter und Lebenserwartung zum effektiven Pensionsantritt in Österreich



Quelle: OECD, Eurostat, Bernd Marin

DIE ZEITEN, die in Pension verbracht werden, steigen, das effektive Pensionsantrittsalter war lange Zeit rückgängig – die Folge: immer weniger Beitragszahler.

Noch ist der Konflikt Jung gegen Alt nicht offen ausgebrochen. Sogar in den südeuropäischen Krisenstaaten halten sich die Jugendproteste in Grenzen. Doch die Krise hat das Thema Gerechtigkeit wieder stärker in Diskussion gebracht: Der Wälzer zum Thema Einkommensverteilung, „Das Kapital im 21. Jahrhundert" des Franzosen Thomas Piketty, ist nicht durch Zufall ein internationaler Bestseller geworden, quer durch Europa beschwören Politiker die Solidarität zwischen Nord und Süd, zwischen Reich und Arm, Alt und Jung. Egal, ob es um die Verteilung von Wohlstand geht, um das Tragen der Folgen des Klimawandels, um die Ressourcenausbeutung oder die Weitergabe der Staatsverschuldung an die kommende Generation – immer steht die philosophische Frage im Raum: Was ist gerecht?

Verteilungsfragen. In Zeiten, in denen die Wirtschaft kaum wächst und der zu verteilende Kuchen für Staaten nicht größer wird, ist es umso schwieriger, >

SOZIALSTAAT WOHIN?

Teil 1: Der Wohlfahrtsstaat, seine Probleme in und wo es Vorbilder gibt. Erschienen am 12.9.

Teil 2: Arbeits- und Erwerbslosigkeit. Wie können neue Jobs in Europa entstehen? Erschienen am 19.9.

Teil 3: Gerechtigkeit. Über Fairness und Verteilung zwischen den Geschlechtern und Generationen.

Teil 4: Pflege und Alter. Wer pflegt mich, wer zahlt das? Und wann ist man wirklich „alt"? Am 3.10.

Teil 5: Szenarien. Wächst Europa zusammen oder driftet es auseinder? Wer migriert wohin? Am 10.10.

FOTO: CORBIS

DER JUNGE

„Pensionsantrittsalter abschaffen"

Asdin El Habbassi, 27-jähriger ÖVP-Nationalrat, Jugendsprecher der Partei, hat zahlreiche Ideen, wie es gelingen könnte, dass Ältere länger arbeiten.

Mit seinen 27 Jahren hat er bereits eine schöne Karriere hingelegt: Asdin El Habbassi wird im Oktober in seinem Heimatbundesland, Salzburg, ÖAAB-Obmann, seit fast einem Jahr sitzt er für die ÖVP im Nationalrat und ist Jugendsprecher der Partei. Ist Jugendpolitik schwieriger als Seniorenpolitik? „Schon, weil die Jungen sind immer nur ein paar Jahre jung, und die Älteren haben bessere Netzwerke und mehr Macht." Doch gemeinsam mit zwei anderen jungen ÖVPlern pocht El Habbassi darauf, dass das Pensionsmonitoring in Österreich endlich eingeführt wird, damit mehr Zahlen auf dem Tisch liegen. Da dieses Thema von den Sozialpartnern verhandelt wird, geht trotz des Protests wenig weiter. „Der Konflikt Jung gegen Alt ist bei uns nicht so brisant wie in manchen Nachbarländern", meint El Habbassi. Aber wenn die Zeiten wirtschaftlich schlechter werden und das Wachstum weiterhin ausbleibt, könnte schon die Frage auftauchen, warum die Jungen ältere Leute finanzieren müssen, die eigentlich arbeiten können, sagt er.

El Habbassi wirkt sehr ruhig und in sich ruhend, manche seiner Gedanken können aber Kontroversen auslösen: Die Einkommenshöhe würde er nicht von den gesammelten Arbeitsjahren, sondern mehr von der erbrachten Leistung abhängig machen. Diese Abflachung der Lebensverdienstkurve würde es Jüngeren ermöglichen, das Geld dann zu verdienen, wenn sie es auch tatsächlich brauchen. Er kann sich auch vorstellen, das fixe Pensionsantrittsalter abzuschaffen, jeder sollte so lange arbeiten, wie er kann und will. Wer früh in Pension geht bekommt wenig, und je länger man erwerbstätig ist, desto höher solle die Rente ausfallen. „Von extrem hohen staatlichen Renten halte ich aber nichts", sagt er. Die Rente des Staates sollte seiner Ansicht nach einen lebenswerten Lebensabend ermöglichen, aber keinen Luxus. „Wenn wer mehr möchte, sollte er privat vorsorgen." Auch ein Abgehen vom derzeitigen Umlagen-Pensionssystem hält der Salzburger für denkbar. Ihn stört am derzeitigen System, dass viele ihr Anspruchsdenken an den Staat daraus ableiten, dass Arbeiten als etwas Mühsames und nicht als ein Weg zur Selbstverwirklichung gesehen wird: „Manche wissen ihren Hochzeitstag nicht, dafür aber genau, ab wann sie in Pension gehen können und was ihnen alles zusteht."

ASDIN EL HABBASSI: „Mich stört das egoistische Anspruchsdenken, das viele an den Staat haben."

Für seine Eltern hingegen sei Pension derzeit kein Thema: El Habbassis Vater stammt aus Marokko, er führt ein Geschäft, wo die Mutter, eine Salzburgerin und Hauptschullehrerin, mitarbeitet – sofern es die Kinder zulassen: Denn Asdin El Habbassi hat acht jüngere Geschwister. Über die Bildungspolitik kam der frühere Schülervertreter zur Politik, aber dass er in diesem Beruf in Pension gehen wird, kann er sich nicht vorstellen. „Ich habe mir darüber noch nicht so Gedanken gemacht. Aber ich weiß, dass mir langweilig wird, wenn ich nichts zu tun habe. Daher kann ich mir Ruhestand nicht vorstellen. Vielleicht werde ich später noch Lehrer, weil mir das Unterrichten Spaß macht."

> sämtliche Interessen ausgewogen unter einen Hut zu bekommen, um Gerechtigkeit auch in Zukunft gewährleisten zu können. Bisher galt es als ziemlich ausgemacht, was in Bezug auf Alt und Jung als „gerecht" gilt: So lange jüngere Generationen von den nachkommenden Generationen das gleiche erwarten können, wie sie es jetzt den Älteren gegenüber leisten, sprach man von Generationengerechtigkeit. Doch mittlerweile ist klar, dass dies nicht überall und unbedingt so halten kann wie ausgemacht.

Dabei spielt die demografische Entwicklung eine große Rolle: Menschen werden immer älter, die Lebenserwartung steigt rasant, und während in vielen Ländern parallel dazu das Pensionsantrittsalter steigt, ist das in Österreich so gut wie nicht der Fall – wir bleiben einfach immer länger in Pension (siehe Grafik Seite 37). „Derzeit haben wir Überlebensraten von 90 bis 95 Prozent bis ins Pensionsalter und dann über 25 Jahre Rente. Als die Alterssicherung eingeführt wurde, waren das nur rund 15 Prozent für dann zwei, drei Jahre Pension", sagt der Pensionsforscher Marin vom Europäischen Zentrum für Wohlstandspolitik und Sozialforschung.

Ungenütztes Potenzial. Gleichzeitig kommt zu wenig Nachwuchs nach, um das System in Zukunft mit Beitragszahlungen voll und ganz auffüllen zu können. Nimmt man die staatlichen Transfers her, ist es schon jetzt so, dass laut Berechnungen von Pieter Vanhuysse in Österreich fünf Mal soviel für ältere Menschen als für jüngere ausgegeben wird (siehe Interview Seite 40)

Natürlich relativiert sich dieses Bild, wenn man berücksichtig, was von der Großelterngeneration zurück an die jüngeren Generationen fließt: seien es die finanziellen Unterstützungen, die den Enkeln, Kindern, Neffen und Nichten gewährt werden, sei es unbezahlte Arbeit wie Babysitting. Sobald es um private finanzielle Hilfe, um Schenkungen und

FOTO: WWW.PICTUREDESK.COM

Erben geht, spielt aber wieder verstärkt die soziale Klasse eine Rolle: Arme Großeltern haben naturgemäß weniger zu verschenken. Während Vermögen in Österreich vergleichsweise gerecht verteilt sind, geht diese Schere in anderen Staaten zunehmend auf – mit längerfristigen Folgen: Der Harvard-Ökonom Eric Maskin warnt vor wachsender Einkommensungleichheit. „Wenn wir nichts gegen die Ungleichheit tun, verschärft sich das Problem weiter. Denn in der Regel wird Armut der nächsten Generation vererbt, und damit bleiben Talente ungenutzt. Das können wir uns nicht nur aus moralischen Gründen nicht leisten", sagt der Nobelpreisträger. Zwar sei Ungleichheit bis zu einem gewissen Maß notwendig, um Kreativität und Innovation zu fördern, aber ab einem gewissen Punkt kann sie eben auch zu einer Bürde für das Wachstum werden.

Dasselbe gilt übrigens auch für die Ungleichheit zwischen Mann und Frau:

200.000

der 290.000 Betriebe in Österreich beschäftigen laut Arbeiterkammer keine Mitarbeiter über 55 Jahre.

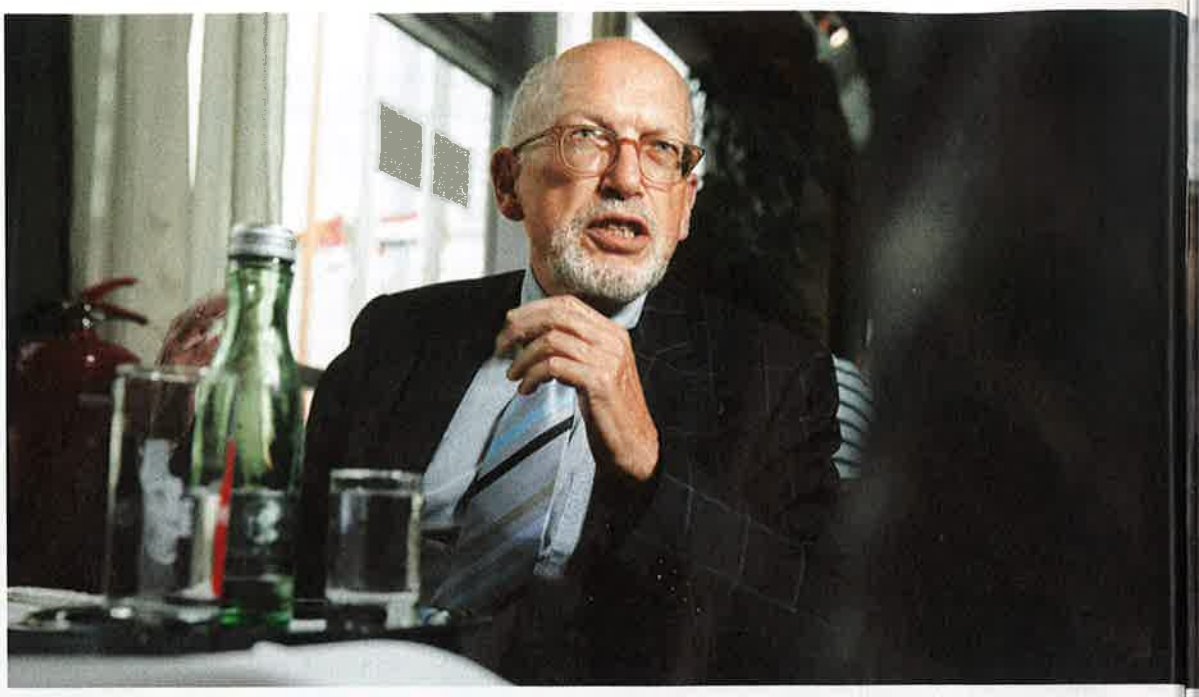
0,52

beträgt der „Gini-Koeffizient" für den 1. Bezirk in Wien. Nirgends in Österreich sind Einkommen so ungleich verteilt wie hier.
Im internationalen Vergleich erscheint Österreich aber relativ gerecht.

Österreich ist regelmäßig in den vorderen Rängen zu finden, geht es um Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern. Verglichen mit den skandinavischen Staaten sind Frauen in Österreich auch nach wie vor weniger im Arbeitsleben präsent. Dass viele dabei auf Teilzeitarbeit zurückgreifen, wird von Experten mittlerweile sehr kritisch gesehen – auch weil das in weiterer Folge zu sehr niedrigen Pensionen führen wird. Die niedrigen Renten steigen erst dann rapide an, wenn die Frauen zu Witwen werden. Ein mittelalterliches Konzept, finden Experten.

Dass es, wie Marin sagt, ein Horror sei, nach 1980 in Österreich geboren zu sein, dem widerspricht allerdings der 27-jährige Jungpolitiker Asdin El Habbassi (Kasten Seite 38) entschieden: „Nach 1980 geboren zu sein, heißt für die meisten, ziemlich sorglos aufgewachsen zu sein, die Entbehrungen der Eltern und Großeltern nicht mitbekommen zu haben. Da gibt es schon Schlimmeres." ▮

Zur Person. Martin Kohli, 72, lehrte von 1972 bis 2004 an der Freien Universität Berlin und ist seither Professor Emiritus am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Der Schweizer Soziologe gründete die Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf. Er zählt zu den führenden Forschern zu Formen und Auswirkungen der alternden Gesellschaft.



„Jugendliche könnten es in Europa schlechter haben als ihre Eltern"

In Europa steigt die Jugendarbeitslosigkeit, während die Ausgaben für Pensionen steigen. Zwei führende Wissenschafter über das schwierige Verhältnis von Jung und Alt.

Von Martina Bachler

FORMAT: Gibt es denn den gerechten Wohlfahrtsstaat? Wie sieht er aus?
Martin Kohli: Unter gerecht verstehen wir in diesem Zusammenhang ein gerechtes Verteilungssystem zwischen dem, was Menschen einzahlen, und, was sie dafür herausbekommen, insbesondere mit Bezug auf die verschiedenen Altersgruppen und Generationen.
Pieter Vanhuysse: Was können verschiedene Altersgruppen voneinander erwarten? Es ist nicht problematisch, wenn es zwischen ihnen zu einem bestimmten Zeitpunkt Ungleichheiten gibt, aber wenn sich diese zwischen Geburtenkohorten über den Lebenszyklus fortsetzen, wird es schwierig. Seit Immanuel Kant gilt, dass es kein Gerechtigkeitsproblem zwischen Generationen gibt, so es die jüngere im Laufe der Jahre besser hat als die der Eltern. Das traf in der Vergangenheit auch zu.

Momentan wirkt aber die Krise nach. In Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit hoch. Wächst die Ungerechtigkeit zwischen Alt und Jung?
Vanhuysse: Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass manche Systeme nicht nachhaltig sind. Die Gruppe der sogenannten NEETS – junger Menschen, die weder einer Arbeit noch einer Ausbildung nachgehen – wächst in Süditalien, Südspanien und Portugal. In Bulgarien macht sie 40 Prozent der Jugendlichen aus, in Rumänien 30 Prozent. Problematisch ist, dass der Einstieg in die Arbeitswelt den weiteren Lebensweg und die Gehaltskurve bestimmt. Diese jungen Menschen, die das Pech haben, jetzt heranzuwachsen, werden wenig verdienen – und das in Staaten, die eher Ältere finanzieren.

Die Jugend ist also doch benachteiligt?
Kohli: Im EU-Durchschnitt liegt das Verhältnis des Sozialbudgets für ältere Menschen zu jenem für junge bei 3:1. Eine Ungerechtigkeit gegenüber den Jungen bedeutet das nur dann, wenn sich dieses Verhältnis ändert, bis sie selbst zu den Älteren gehören. Dahinter steckt auch die Annahme, dass sich um die jungen Menschen vor allem die Familie kümmert, um die älteren dann aber der Staat.
Vanhuysse: In Osteuropa und Südeuropa ist es aber unwahrscheinlich, dass dieser Deal zwischen den Generationen hält.
Kohli: Als die Altersversicherung in Deutschland 1957 reformiert wurde, ging man davon aus, dass die arbeitenden Altersgruppen damit über den Staat die Versorgung der Älteren und zugleich die Förderung von Kindern finanzieren würden. Kanzler Adenauer strich den Teil mit den Kindern mit dem Verweis darauf, dass die Leute ohnehin Kinder bekämen,

Zur Person.
Pieter Vanhuysse, 39, ist Forschungsleiter und Deputy Director des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien. Der gebürtige Belgier beschäftigt sich unter anderem mit dem Wohlfahrtsstaat, Fragen der Generationengerechtigkeit und politischen Maßnahmen, die diese fördern oder bremsen können.

da müsse sich der Staat nicht einmischen. Das ist heute offensichtlich anders. Die Politik muss Familien heute effizient fördern. Das ist keine Frage der Gerechtigkeit, sondern Ausdruck von intelligenter und zukunftsgerichteter Politik.

Werden Jung und Alt gegeneinander ausgepielt?
Vanhuysse: Nicht unbedingt: Die ältesten Gesellschaften gibt es heute in Japan, Deutschland, Schweden und Italien. Doch während Italien und Japan sehr viel mehr für jeden einzelnen älteren Menschen ausgeben als für einen jüngeren, gelingt es Schweden, gleichzeitig sehr viel in Familien und die frühe Kindheit zu investieren. Schweden hat dafür auch eine bessere finanzielle Ausgangssituation, weil hier fast 80 Prozent der Frauen arbeiten. Selbst in sehr alten Gesellschaften kann man die Jugend fördern.

Politiker wissen aber, dass sie auf die Wählerstimmen der vielen Pensionisten angewiesen sind, die im Verhältnis zu den geburtenschwachen jungen Jahrgängen mächtiger werden. Macht es das schwieriger, Politik für Junge zu machen?
Vanhuysse: Das ist meiner Meinung nach die allgemeine Tendenz, aber es gibt viele Unterschiede zwischen alternden Ländern. Übrigens muss man hier grundsätzlich umdenken: Wir werden ja nicht unbedingt zu alten Gesellschaften, weil wir länger leben. Wenn Erwerbstätigkeit und Produktivität steigen, gibt es nicht unbedingt Probleme. Momentan gewinnen wir mit jedem Jahr, das wir leben, drei weitere Monate an Lebenserwartung. Doch in Österreich und Slowenien wird dieser Lebensbonus nicht einmal zum Teil mit mehr Arbeit verbracht.
Kohli: EU-weit ist allerdings das Pensionsantrittsalter gestiegen.
Vanhuysse: Das stimmt, aber nicht in Österreich. Hier sind zwar Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit so niedrig wie sonst nirgends, aber es zeichnet sich dennoch ein wirklicher Generationenkonflikt ab: Dass Menschen so früh in Pension gehen, ist auf Dauer durch die junge Generation nicht aufrechtzuerhalten.

Wie könnte das Antrittsalter steigen?
Vanhuysse: Indem man es automatisch und proportional zur Lebenserwartung anhebt. Längerfristig sinnvoll wäre aber überall, die Ausgaben für frühkindliche Förderung zu erhöhen. Alles, was in Kinder zwischen drei und fünf Jahren investiert wird, um ihre Chancen zu erhöhen, rechnet sich von selbst: Sie sind eher bereit für die Schule, die Abbruchraten in Schule und Studium sinken. Sie können mehr verdienen, länger arbeiten. >

8,5 Mal
so viel wie für jüngere Menschen gibt Polen für ältere aus. Österreich: über fünf Mal soviel.

3 Monate
Lebenserwartung gewinnen wir momentan mit jedem Jahr, das wir leben. Die Lebenserwartung steigt also rasant.

FOTOS: LUKAS ILGNER

„Es soll nicht gelten, dass der Hausmeister länger arbeiten muss, weil der Anwalt länger lebt."

Martin Kohli Euroäisches Hochschulinstitut

SYMPOSIUM. Martin Kohli (l.) und Pieter Vanhuysse (r.) nahmen beide am Symposium des Europäischen Zentrums zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates in Wien teil.

„In Österreich gleichen private Zahlungen der Älteren Transfers durch die Jüngeren nicht mehr aus."

Pieter Vanhuysse Europäisches Zentrum

> **Kohli:** Jedes vernünftige Sozialsystem berücksichtigt, dass in den kommenden Jahren viel mehr Menschen aus dem Arbeitsleben ausscheiden als einsteigen.
Vanhuysse: Wir haben untersucht, wie sich die staatlichen Ausgaben für einzelne junge zu jenen für ältere Bürger unter den momentanen demografischen Bedingungen verhalten. Es ergab sich, dass Polen über acht Mal so viel für einen älteren als für einen jüngeren Polen ausgibt, Griechenland rund 7,5 Mal soviel. Dennoch ist das polnische System nachhaltiger, da es mehr Wirtschaftswachstum gibt und die Zahl der NEETS viel niedriger ist als in Griechenland.

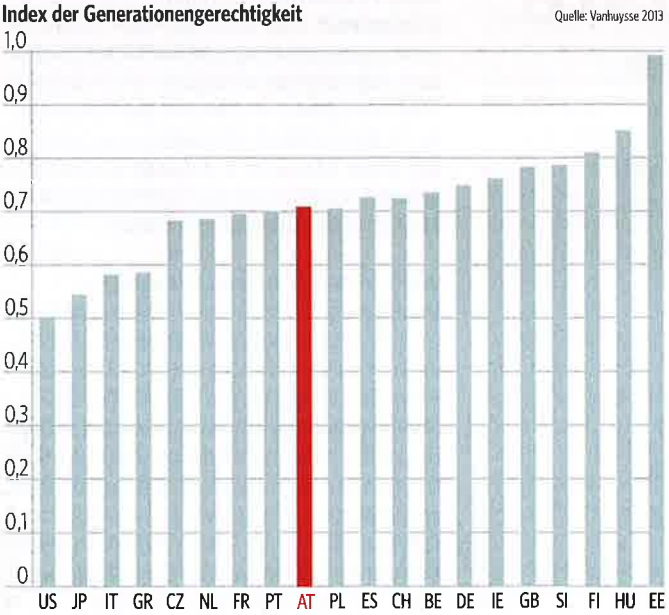
Spielt dabei eine Rolle, was die junge Generation von der älteren privat bekommt?
Vanhuysse: Wir berücksichtigten nur die staatlichen Transfers. Überall in der westlichen Welt galt aber bisher, dass Leistungen in der Familie von den Älteren zu den Jüngeren fließen und übersteigen, was umgekehrt die Jungen über den Staat an die Älteren zahlen. Das gilt für 41 von 44 Ländern immer noch – aber nicht mehr für Österreich, Deutschland und Slowenien. Die privaten Zahlungen der Älteren können nicht mehr ausgleichen, was die Jüngeren für sie bezahlen.
Kohli: Wenn man aber auch die unbezahlte Arbeit der Älteren, also etwa die Kinderbetreuung, einberechnet, verschiebt sich das wieder. Dann geben die Älteren wieder mehr, als sie bekommen, zumindest bis zu ihrem 80. Lebensjahr, in Skandinavien sogar noch länger.

Ist das der Fall, weil die ältere Generation mehr gespart hat?
Kohli: Sie hat mehr Vermögen und spart selbst in der Pension oft noch. Viele wollen etwas vererben können. Auch die soziale Klasse spielt eine Rolle in der Gerechtigkeitsdiskussion zwischen Jung und Alt. Bezüglich der Lebenserwartung gibt es übrigens auch soziale Unterschiede. Menschen aus dem untersten Einkommensquintil in Deutschland müssen ab 65 damit rechnen, vier Jahre kürzer zu leben als jene, die in das oberste Einkommensquintil fallen. Niedrigverdiener finanzieren gewissermaßen die langen Pensionen von Hochverdienern.

Was ist die dringendste Maßnahme, um den Wohlfahrtsstaat zu erhalten?
Vanhuysse: Ein Boost bei den Ausgaben für frühkindliche Förderung, weil sie vor allem sozial benachteiligten Kindern zukommt und dauerhaft wirkt. Früh geförderte Kinder haben bessere Chancen, sie können aber auch besser selbst für ihre Zukunft planen. Eine weitere Möglichkeit wären „Baby Bonds", also eine staatliche Vorsorge, die bei der Geburt jedes Babys angelegt wird und dann bei Volljährigkeit ausbezahlt wird. Die Eltern könnten den Sparbetrag erhöhen, davon aber nichts entnehmen. Das wären ein gutes Startkapital für junge Menschen.
Kohli: Ich stimme Ihnen zu. Als zweite Maßnahme würde ich vorschlagen, das Pensionsantrittsalter an die demografischen Entwicklungen anzugleichen. Auch die Frage der sozialen Gerechtigkeit sollte adressiert werden, damit nicht gilt – nach Paul Krugman –, dass der Hausmeister länger arbeiten muss, weil der Anwalt länger lebt. ■

Index der Generationengerechtigkeit

Quelle: Vanhuysse 2013



GERECHTIGKEIT. Pieter Vanhuysse hat einen Index erstellt, der die Generationengerechtigkeit anhand von vier Faktoren misst: dem ökologischen Fußabdruck, den die ältere der jüngeren Generation überträgt, Kinderarmut als Ausgangsbasis für den weiteren Lebensverlauf, die Staatsschuldenlast pro junger Mensch (bis 14) und inwieweit der jeweilige Wohlfahrtsstaat eher dazu neigt, Ältere stärker zu stützen. Estland ist demnach am gerechtesten, Österreich landet im unteren Drittel der verglichenen Staaten.

FOTO: LUKAS ILGNER